

Aktuelles aus dem Parlament

Nr. 1/2008

31. Jänner 2008

In der ersten Plenarwoche des Jahres im Nationalrat standen die Pflege-Amnestie und der Klimaschutz im Mittelpunkt. Ich möchte Ihnen hier einen Überblick über diese und andere wichtige Beschlüsse der vergangenen Tage geben.

Pflegeamnestie wird verlängert

Auf Initiative der ÖVP hat der Nationalrat die Verlängerung und Ausweitung der so genannten "Pflegeamnestie" beschlossen, die sich auf die 24-Stunden-Pflege daheim bezieht. Damit wird vielen Menschen, die hier unsicher waren, mehr Zeit und mehr Möglichkeit zur Information gegeben. Nach der neuen Regelung sind Dienstgeber von illegalen Pflegern gegen Rückforderungen bis inklusive 2007 geschützt. Auch für 2008 werden keine Strafen ausgesprochen, sofern die Pflegerin bis 30. Juni angemeldet wird. Wenn ein Betroffener bis zu diesem Zeitpunkt also zuvor illegale Pflegekraft anmeldet (rückwirkend bis 1. Jänner 2008), hat er weder Verwaltungsstrafen noch eine rückwirkende Forderung von Sozialversicherungs-Beiträgen zu befürchten. Pflegerinnen brauchen auch keine Sanktionen zu befürchten, wenn sie Tätigkeiten wie das Füttern von Patienten vorgenommen haben, die ihnen gesetzlich eigentlich nicht erlaubt sind. An einer Regelung, die das Aufgabengebiet der Heimpflegerinnen erweitert, wird in der Regierung gearbeitet.

Klimaschutz 1: Anreize für Kauf umweltfreundlicher Autos

Bei der Normverbrauchsabgabe für Neuwagen gibt es künftig eine Staffelung nach ökologischen Gesichtspunkten. Spritsparende Autos werden billiger, Fahrzeuge mit hohem Benzinverbrauch teurer. Die Käufer umweltfreundlicher Autos (bis 120 Gramm Kohlendioxid-Ausstoß) erhalten einen Bonus von bis zu 200 Euro, Käufer von Fahrzeugen mit alternativen Antriebsarten von bis zu 500 Euro. Wer ein stark umweltbelastendes Auto kauft, muss einen Malus von 25 Euro für jedes Gramm CO₂ über 180 g/km bezahlen. Ab 1. Jänner sinkt dieser Wert auf 160 g/km. Das neue Bonus-Malus-System gilt ab Mitte 2008.

Klimaschutz 2: 20 Mio. Euro für Biogas-Anlagen

Durch die gestiegenen Rohstoffpreise sind viele Betreiber von Biogas-Anlagen in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten. Damit diese Erzeugung von umweltfreundlicher Energie weiter erhalten werden kann, gibt es 2008 eine finanzielle Überbrückungshilfe. Sie beträgt 4 Cent pro Kilowattstunde. In den letzten Jahren sind in Österreich 270 Biogasanlagen entstanden, die mit einem jährlichen Einspeisevolumen von 450 Kilowattstunden einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Erleichterungen für Pendler

Um die gestiegenen Transportkosten abzufedern, wird der Höchstbetrag des Pendlerzuschlages von 200 auf bis zu 240 Euro pro Jahr angehoben. Davon profitieren vor allem Pendler mit relativ geringem Einkommen. In Zukunft können 15 Prozent statt bisher 10 Prozent der Werbungskosten (Sozialversicherungsbeiträge, Wohnbauförderungsbeitrag etc.) geltend gemacht werden. Für rund 100.000 Menschen, die aufgrund ihres geringen Einkommens keine Steuern bezahlen, bedeuten diese Maßnahmen eine Entlastung von bis zu 80 Euro im Jahr.

Mehr Stipendien

Die Studienförderung wird in Form von höheren Einkommens- und Zuverdienstgrenzen deutlich ausgeweitet. Die Einkommensgrenzen für den Bezug der Studienbeihilfe werden um bis zu 20 Prozent angehoben. Damit erhält schon jeder fünfte Universitäts- und jeder dritte FH-Studierende ein Stipendium. Erhöht werden auch die Zuverdienstgrenzen für Beihilfenbezieher: Bisher durften pro Jahr rund 7.200 Euro aus unselbstständigem Einkommen und rund 5.800 Euro aus selbstständigem Einkommen dazuverdient werden. Künftig beträgt diese Grenze einheitlich 8.000 Euro. Verbesserungen gibt es außerdem für behinderte Studenten und Studenten mit Kindern. Auch die Mittel für Leistungsstipendien werden deutlich aufgestockt.

Erfreuliche Trendumkehr bei Bauern-Einkommen

Nach vielen Jahren ständig sinkender Einkommen in der Landwirtschaft ist endlich eine Trendwende eingeleitet. Der "Grüne Bericht" dokumentiert eine Steigerung der Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft um 15,2 %. Auch der Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe ("Bauernsterben") hat sich in den letzten Jahren deutlich verlangsamt. Gestiegen sind dafür der Produktionswert von Österreichs Landwirtschaft (plus 7,4 %) und die Exporte (plus 10,7 %).

Für Sozial- und Umweltstandards in der Sportartikelproduktion

Im Vorfeld der Fußball-Europameisterschaft und der Olympischen Sommerspiele hat der Nationalrat eine Initiative zur "fairen" Einkleidung von Sportlern gestartet. Denn gerade in Billiglohnländern werden Sportartikel oft unter Missachtung von Sozial- und Umweltstandards Bedingungen hergestellt. Wir haben die Regierung ersucht, sich gegenüber den Sportverbänden für die Unterstützung von Nachhaltigkeitsinitiativen und verbindlichen Verhaltensregeln einzusetzen. Auch die Einkleidung und Ausstattung der österreichischen Athleten soll gemäß überprüfbareren Nachhaltigkeitskriterien erfolgen.

Internet-Abfragen aus dem Vereinsregister werden erleichtert

Eine Änderung des Vereinsgesetzes erleichtert die Abfragen aus dem öffentlichen zentralen Vereinsregister im Internet. Bei der Suche nach einem Verein ist es künftig nicht mehr notwendig, den Vereinsnamen wort- oder zeichengetreu einzugeben.